

Generation Praktikum

Die Studentenvereinigung ACEL und Arbeitsminister Schmit wollen den Übergang von Studium zur Arbeitswelt erleichtern

VON POL SCHOCK

Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) will das Praktikum qua Gesetz klarer regeln und eine Praktikumskultur fördern. Gefahren, dass Studierende als billige Arbeitskräfte eingesetzt werden, sieht er nicht.

Ein Seufzer. Nicolas Schmit muss tief durchatmen. Es war bereits die fünfte kritische Frage zu möglichen Ausbeutungsgefahren des neuen Gesetzes, das eine Praktikumskultur in Luxemburg fördern soll. So hat sich der Minister die Vorstellung des Entwurfs sichtlich nicht vorgestellt. Doch er behält Fassung, versucht die Bedenken der Journalisten durch Argumente zu zerstreuen.

Dabei geht die Initiative zur Stärkung und Regelung des Praktikums in Luxemburg nicht von ihm aus. Sondern von der ACEL, der Luxemburger Studentenvereinigung. Im April des vergangenen Jahres ist man erstmals in Kontakt getreten, sagt Pol Lutgen, Präsident des ACEL. Die Idee: Eine Praktikumskultur in Luxemburg fördern, ähnlich wie im Nachbarland Deutschland. Denn bis jetzt befindet sich das Praktikum in Luxemburg rechtlich in einer Grauzone. Eine Verordnung von 1982 regelt nur im Ungefähren Modalitäten und lässt viele Fragen im Unklaren.

Dabei wächst die Nachfrage nach Praktika unter Studenten zunehmend. „Viele Studenten wollen bereits im Studium Berufserfahrung sammeln, um später auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen zu haben“, so Lutgen. Die aktuelle Situation erschwere dies jedoch erheblich.

Deshalb haben Arbeitsministerium und ACEL nun zwei Formen



In Zukunft können Studierende in Luxemburg leichter ein Praktikum absolvieren.

(FOTO: GETTY IMAGES)

des Praktikums ausgearbeitet. Zum einen das konventionierte Praktikum im Rahmen eines Studiums. Das studienbegleitende Praktikum darf nicht länger als neun Monate dauern. Da es Teil eines Lehrplans an der Universität ist, müssen Unternehmen den Praktikanten kein Gehalt zahlen. Ausnahme: Die Hochschule schreibt es vor. ACEL-Präsident Lutgen begrüßt die Regelung ausdrücklich: „Die Bezahlung darf keine unnötige Hürde bei der Suche nach Praktikumsplätzen darstellen.“

Die zweite Form ist das freiwillige, nicht-konventionierte Praktikum. Es richtet sich an Stu-

dierende, die in den Semesterferien oder kurz nach dem Studium Berufserfahrung sammeln wollen. Das freiwillige Praktikum kann eine maximale Dauer von sechs Monaten haben – darf kumuliert die Dauer von zwölf Monaten jedoch nicht überschreiten.

Laut Gesetzesentwurf sollen die freiwilligen Praktika, die länger als einen Monat dauern, auch bezahlt werden. Bei einer Dauer von einem bis drei Monaten muss der Arbeitgeber dem Praktikanten ein Drittel des unqualifizierten Mindestlohns zahlen (rund 666 Euro) – bei einer Dauer von drei bis sechs Monaten die Hälfte des unqualifi-

zierten Mindestlohns (rund 1000 Euro).

Gefahren der Ausbeutung

Arbeitsminister Schmit machte deutlich, dass es sich beim Praktikum nicht um eine Form der Arbeit handele und man dementsprechend auch nicht von einem Arbeitsvertrag reden könne. „Es ist eine Weiterbildung, die den Übergang von Studium zur Arbeitswelt erleichtern soll.“

Allerdings haben die Erfahrungen in Deutschland gezeigt, dass eine derartige Praktikumskultur zu Ausbeutung und Missbrauch führen kann. Kritiker führen an, dass

sich das System verselbstständigt habe – sprechen von der „Generation Praktikum“ oder „Generation prekär“. Praktikanten werden als billige Arbeitskräfte eingesetzt und hangeln sich von einem Vertrag auf Basis von 400 Euro zum nächsten.

Schmit ist über die Gefahren einer Praktikumskultur informiert, sieht sie jedoch nicht für Luxemburg. „Die schlimmste Form der Prekarität ist die Arbeitslosigkeit“, so Schmit. Das Gesetz sieht jedoch vor, ein Kontrollregister einzuführen, das Unternehmen auflistet, die Praktikanten engagieren. „Wir werden ein Auge auf die Unternehmen werfen“, so Schmit. Auch dürfen lediglich zehn Prozent der Angestellten eines Unternehmens Praktikanten sein – die Zahl ist gedeckelt auf 50 Praktikanten insgesamt. Ein Geschäftsmodell beruhend auf Praktikanten kann es Schmit zufolge so nicht geben. Zudem soll auch die Gewerbeaufsicht ITM strenge Kontrollen durchführen. Etwa ob der Praktikant auch wirklich sinnvolle Tätigkeiten durchführt und nicht nur Kaffee serviert oder am Reißwolf Papier vernichtet. Oder ob er gar als normale Arbeitskraft beschäftigt wird. ACEL-Präsident Lutgen fügt hinzu, dass der Anspruch auf ein Praktikum ein Jahr nach dem Abschluss des Studierenden verfällt. „So wollen wir Missbrauch verhindern.“

Und als Schmit die Bedenken der Journalisten gegenüber einer Generation Praktikum ausgeräumt hat, ist er auch wieder zu Späßen aufgelegt. Auf die Frage, ob denn der Staatsrat nicht überfordert sei, so kurz vor den Wahlen noch den Gesetzesentwurf zu begutachten, sagte Schmit: „Der Staatsrat kann ja einige Praktikanten einstellen.“

Klappern gehört zum Handwerk

Handwerkskammer und Arbeitnehmerkammer wollen die Berufsausbildung attraktiver machen – „Basic-check“ für alle 5^e-Schüler

Das Handwerk boomt in Luxemburg: 7 250 Betriebe und 84 500 Arbeitnehmer zählt der Sektor heute – das Doppelte an Betrieben und 150 Prozent mehr Beschäftigte als noch 1990. Eine gute Lehre ist auch keine schlechte Jobgarantie, denn 75 Prozent der Schüler mit abgeschlossener Berufsausbildung haben spätestens nach vier Monaten eine Anstellung, 90 Prozent nach drei Jahren einen unbefristeten Vertrag. Und dennoch: „Der Wert unserer Arbeit wird nicht immer anerkannt“, beklagte Tom Oberweis, Präsident der Handwerkskammer gestern, als sich die Handwerks- und die Arbeitnehmerkammer mit weiteren Verbesserungsvorschlägen für die Berufsausbildung zu Wort meldeten. Denn noch immer entscheiden sich viel zu wenige Schüler für eine Berufsausbildung.

„Wir laufen Gefahr, die Hoheit über die Berufsausbildung zu verlieren, immer mehr Angestellte kommen aus dem Ausland und wurden dort ausgebildet“, sagte Oberweis. „Wir brauchen eine Gleichstellung der Allgemein- mit der Berufsausbildung. Die allgemeinen und die techno-manuellen

Kompetenzen der Schüler müssen im Orientierungsprozess als gleichwertig betrachtet werden“, forderte er. Die Laufbahnen im Handwerk müssten zudem für Bachelor- und Masterstudien geöffnet werden. Man sollte sich das Motto der Schweizer zu eigen machen: „Kein Abschluss ohne Anschluss“, heißt es dort.

Jean-Claude Reding, Präsident der Arbeitnehmerkammer, drückte den Wunsch nach mehr Durchlässigkeit bei der Qualifikation

bildlicher aus: „Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Schüler mit 15 oder 16 Jahren schon eine Entscheidung treffen müssen – das darf keine Sackgasse für sie sein.“ Mit anderen Worten: Auf Diplom müsste Diplom folgen – Aufstieg ohne Grenzen, denn wenn man gute Leute will, muss man ihnen Perspektiven bieten. Ein Werkzeug, das die beiden Kammern nun den Lyzeen in die Hand geben ist der „Basic-check“ (s. Info-Box). Weitere Maßnahmen wurden ges-

tern den beiden bei der Konferenz anwesenden Regierungsmitgliedern Bildungsminister Claude Meisch und Beschäftigungsminister Nicolas Schmit ans Herz gelegt. So müsste grundsätzlich mehr und positiver in Richtung Berufsausbildung orientiert werden. Dafür brauche es individuelle, koordinierte und von Spezialisten begleitete Orientierungsprozesse, zu denen jeder Schüler einen verbrieften Zugang hat.

Digitalisierung Rechnung tragen

Es müssten auch die Anforderungen an die Berufsausbildung neu gewichtet werden und der Digitalisierung Rechnung tragen. Beispiel: Der Podologe von heute fertigt die orthopädischen Einlagen seiner Kunden nicht mehr per Hand an, sondern mit einem 3-D-Drucker. Das Angebot an Ausbildungen, das heute 41 Berufe in sechs Sparten vorsieht, müsste weiter diversifiziert und ergänzt werden. Auch der öffentliche Sektor müsste sich mehr an der Berufsausbildung auf allen Niveaus beteiligen. Und die Öffentlichkeit müsste über die Berufsausbildung und ihre Chancen besser infor-

miert werden. Minister Schmit begrüßte abschließend den Vorstoß als präventiven Ansatz für Schul- oder Berufsabbrüche, wenn den jungen Menschen der Weg erleichtert werde, das zu tun, was ihren Stärken entspricht. Minister Meisch betonte, dass bereits viel für eine bessere Berufsorientierung getan wurde. Er erinnerte an die neu eingeführten „Cellule d'orientation“, die in den ersten drei Jahren der Sekundarschule die Orientierung als Prozess begleiten sollen. *wel*

Der „Basic-check“

Nach zwei Jahren Testphase können zwischen dem 26. März und 30. April nun alle 5^e-Schüler an sämtlichen Lyzeen Luxemburgs den „Basic-check“ der Handwerks- und der Arbeitnehmerkammer machen. Er bietet gratis eine Entscheidungshilfe für die Berufswahl. Fast drei Stunden lang werden sprachliches, digitales und räumliches Denken abgefragt sowie Sprachen- und praktische Alltagskenntnisse abgefragt. Wo liegen meine Stärken?, müsste man dann wissen.



In der Schule sollten allgemeine und Berufsausbildung als gleichwertig angesehen werden, fordern die Berufskammern.

(FOTO: GUY JALLAY)